

NACHRICHTEN

Lidl hat einen neuen Chef

DETAILHANDEL sda. Neuer Chef beim Discounter Lidl wird der 40-jährige **Sven Seidel**, der bisher in der Konzernleitung des Hard-discounters sass. Er war in der Lidl-Konzernleitung bislang für die Unternehmensentwicklung zuständig. Der bisherige Lidl-Chef **Karl Heinz Holland** hatte das Unternehmen derweil im Streit verlassen. In der Schweiz unterhält der Discounter 90 Filialen und beschäftigt rund 2000 Mitarbeiter.

Russland droht Herabstufung

BONITÄT sda. Nach der Ratingagentur Standard & Poor's drohen nun auch die Bonitätsprüfer von Fitch Russland mit einer niedrigeren Kreditwürdigkeit. Der Ausblick für die Bonität sei laut Fitch von stabil auf negativ gesenkt worden. Ein negativer Ausblick gilt als Vorstufe zu einer möglichen Herabstufung. Ein niedrigeres Rating bedeutet für einen Staat zumeist, dass er für Kredite in aller Regel höhere Zinsen bezahlen muss.

Also kauft in Finnland ein

EMMEN red. Die Informatikfirma Also aus Emmen hat das Unternehmen Nervogrid Oy aus Finnland übernommen. Mit der zugekauften Technologie will Also sein Angebot im Bereich Cloud-Geschäft, dezentrale Speicherlösungen im Internet, ausbauen. 2013 meldete Nervogrid Oy einen Umsatz von rund drei Millionen Euro und beschäftigte rund 30 Mitarbeiter.

Lufthansa droht Streik-Chaos

FRANKFURT red. Die Piloten verstärken den Druck auf die Lufthansa: Sie haben in einer Urabstimmung für Streik votiert. Die Zustimmung für einen Arbeitsausstand lag bei 99 Prozent. Erwartung gab es für Ostern. An den Feiertagen wird nicht gestreikt.

Schweiz ist im Arbeiten spitze

ARBEIT «Erst die Arbeit, dann das Vergnügen.» Nirgendwo in Europa ist die Bevölkerung fleissiger als in der Schweiz. Sie verfügt heute über die höchste Quote an Erwerbstätigen.

HANSPETER GUGGENBÜHL
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Als in der Schweiz 50,3 Prozent der Abstammenden die SVP-Initiative «gegen Masseneinwanderung» befürworteten, schwärmten Reporter und Redaktorinnen aus und fragten bang: Werden international tätige Unternehmen abwandern? Gehen Arbeitsplätze verloren?

Die Recherchen erwiesen sich als wenig ergiebig. Trotzdem blieb und bleibt uns das Thema erhalten. Im «Sorgenbarometer», den die Credit Suisse jährlich erhebt, steht die Angst vor Arbeitsplatzverlust regelmässig an der Spitze. Wer in einer politischen Debatte die Erhaltung von Arbeitsplätzen ins Feld führt – oder ihren drohenden Verlust –, hat schon gewonnen. Damit fragt sich: Fehlt es der Schweiz an Arbeit? Gibt es weniger oder mehr davon als früher? Und wo steht die Schweiz punkto Arbeit im Vergleich zu den umliegenden Staaten? Statistiken über den Arbeitsmarkt liefern Antworten (siehe auch Grafiken).

Schweizer Arbeitsvolumen wächst

Der beste Indikator für den Umfang der Arbeit ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. In der Schweiz stieg diese Zahl von 2000 bis 2012 um rund 12 Prozent, also annähernd 1 Prozent pro Jahr. Das Schweizer Arbeitsvolumen, so zeigt die Grafik, ist damit im 21. Jahrhundert noch etwas stärker gewachsen als die Bevölkerung, aber weniger stark als die Wirtschaft insgesamt, gemessen am teuerungsbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP real). Aus der Differenz zwischen Wirtschafts- und Arbeitswachstum ergibt sich die Zunahme der Arbeitsproduktivität. Diese stieg seit 2000 – vor allem ab 2009 – weniger stark als die Zahl der Arbeitsstunden. Das belegt eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich: Von 1960 bis zum Jahr 2000, also innerhalb von 40 Jahren, stieg die Zahl



Eine Gärtnerin in einem Treibhaus in Zürich: Arbeitnehmer wie sie sind die fleissigsten Bürger Europas

Keystone/Gaetan Bally

Erwerbstätigenquoten im Vergleich

Anteil der Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen, in Prozent

	Schweiz	82,0
	Island	81,8
	Deutschland	76,7
	Österreich	75,6
	Frankreich	69,3
	EU-Durchschnitt	68,4
	Italien	61,0
	Spanien	59,3

Quelle: Eurostat / Grafik: Oliver Mohr

der in der Schweiz geleisteten Arbeitsstunden lediglich um 6 Prozent, während sich die Produktivität im damaligen Zeitraum mehr als verdoppelte. Der Grund für diese unterschiedliche Entwicklung: Zwischen 1960 und 2000

stieg die Produktivität dank Automation vor allem in der Industrie, und diese Steigerung wurde damals durch Arbeitszeitverkürzungen und längere Ferien teilweise kompensiert. Seit dem Jahr 2000 hingegen wächst vor allem

der arbeitsintensive Dienstleistungsbereich.

Höchster Arbeitsfleiss Europas

Bemerkenswert ist nicht nur die Zunahme von Erwerbstätigkeit und Arbeitsumfang innerhalb der Schweiz, sondern auch der Vergleich mit Europa. Als Massstab dient die Quote der Erwerbstätigen; dabei handelt es sich um den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren, der tatsächlich einer Erwerbsarbeit nachgeht. In der Schweiz beträgt diese Quote 82 Prozent. Das ist Europarekord, weil in der Schweiz nicht nur die Erwerbsquote höher, sondern auch die Arbeitslosenrate geringer ist als im übrigen Europa. Hinter der Schweiz folgen Island (81,8 Prozent) und Schweden (79,4 Prozent). Im Durchschnitt der Europäischen Union (EU) gehen 68 Prozent der Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahre einer Erwerbstätigkeit nach. In unseren Nachbarstaaten schwankt diese Erwerbstätigenquote zwischen 61 Prozent in Italien und 77 Prozent in Deutschland (siehe auch Grafik).

Nicht nur beim heutigen Stand, sondern auch bei der Entwicklung unterscheidet sich die Schweiz gegenüber dem übrigen Europa. Denn in den meisten europäischen Staaten hat das Arbeitsvolumen in den letzten Jahren stagniert oder abgenommen. Was zeigt: Die Zuwanderung hat hierzulande nicht nur die Einwohnerzahl vergrößert. Gleichzeitig hat die Schweiz auch ihren Arbeitsanteil gegenüber dem übrigen Europa deutlich erhöht.

Attraktiver Standort

Diese Daten relativieren die Sorge der Schweiz um den Erhalt von Arbeit und Arbeitsplätzen. Die düster an die Wand gemalte Verlagerung von Schweizer Arbeitsplätzen ins Ausland würde nur zu einer gerechteren Verteilung der Arbeit in Europa führen. Allerdings folgt diese Verteilung nicht den Prinzipien der Gerechtigkeit, sondern der Gunst des Standorts. Die Schweizer Standortförderung konzentrierte sich bisher auf die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen – weniger auf die Mehrung der Vergnügens. Das soll sich nun ändern. Unter dem Druck der SVP-Initiative, welche die Kontingentierung der Einwanderung verlangt, will die wirtschaftsnahe Avenir Suisse den Arbeitsstandort Schweiz unattraktiver machen: Statt mit Steuererleichterungen weitere Firmen anzulocken, will sie die Anstellung von einwandernden Arbeitskräften mit einer Gebühr belasten.

Unbeantwortete Fragen sollen eine Warnung sein

Elisabeth Hiller, Mitte 60, hat das geerbte Elternhaus verkauft und wurde nach der Handänderung von der Bank kontaktiert. Man habe gute Renditemöglichkeiten. Gewohnt, in der Grössenordnung der üblichen 10 000 und 20 000 Franken Kassenobligationen mit der eigenen Bank abzuwickeln, liess sie sich auf einen Gesprächstermin ein.

Die **Anlegerin**, gleichermassen konservativ in ihrer Lebenseinstellung wie in ihren Anlagevorstellungen, wurde zunächst mit einem mehrseitigen Fragebogen konfrontiert. Ordnungsgemäss wurde sie mit der empathischen Aufmerksamkeit eines Verhörrichters abgefragt, wie sie mit einem Verlust von 10, 20 und 40 Prozent umgehen würde. Sie wolle überhaupt keinen Verlust und finde diese Fragerei ziemlich blöd und weltfremd, schalt sie leise vor sich hin. Und machte schliesslich doch ein paar Kreuze bei der Mehrfachantwortauswahl, aus denen letztlich allerdings keine Konsistenz abgeleitet werden konnte.

Aber ohne diesen Schritt hätte sie die nächste Gesprächsphase überhaupt nicht erst antreten dürfen. Ordnung muss sein, dafür hat sich der Regulator entschieden – natürlich ohne je selbst ein Kundengespräch durchgeführt und protokolliert zu haben. Endlich konnte das Beratungsgespräch doch noch auf gewisse Inhalte gelenkt werden.

Von **vielen Begriffen** verstand sie nichts und hatte sich bald einige umgangssprachlich verständliche Begriffe gewünscht. Stattdessen wurde sie mit statistischen Formeln und mathematischen Abbildungen, gespickt mit einer Reihe von unverständlichen Finanzkennzahlen, abgespeist. Das sei halt der moderne Anlegerschutz, wie ihn die Bankenaufsicht interpretiere. Der Empfang der Aufklärungsblätter muss-

AUSSICHTEN

te gar unterzeichnet werden. Dabei ging es nicht darum, ob sie das Gesagte verstanden hatte, sondern darum, dass dadurch die Bank sich haftungsrechtlich schadlos erklären konnte.

Geblieben sind ihr im Speziellen die «Cocos». Sie hat es sich mit einer Kokosnuss gemerkt, die einem wirklich wehtun kann, wenn sie einem auf den Kopf fällt. Aber von solchen Metaphern ist der Bankbeamte weit weg. Er umgeht die Abkürzung Coco vom englischen Begriff «Contingent Convertible Capital» eloquent. Viel lieber wirft er ins Cocos-Karusell Firmennamen wie Swiss Re, Rabobank, Lloyds, Zürcher Kantonalbank und Credit Suisse ein und verspricht verheissungsvolle Coupons von 3/2 bis 8 Prozent.

Dumm ist Elisabeth Hiller nicht. Offensichtlich bringt ihre hartnäckige Fragerei den Berater in die Defensive. Coco-Anleihen seien einfach beliebt; das sei noch das Einzige, worauf sie als konservative Anlegerin setzen könne. Alles andere werfe nach Steuern und Gebühren gar nichts mehr ab. Wie es ganz genau funktioniere, wenn etwas schieflaufe, wisse er nicht. Aber diese Pflichtwandelanleihen seien auch die Rettungssanker in der Finanzkrise gewesen; deshalb seien sie noch immer so beliebt.

Tatsächlich gibt es eine Vielfalt von Merkmalen in solchen Pflichtwandelanleihen, die Fragen aufwerfen und auch für Profis schwer verständlich bleiben. Derartige Hochzinsanleihen sind nicht mit herkömmlichen Anleihen zu verwechseln. Ein Merkmal ist die Umwandlungspflicht in schwierigen Zeiten. Damit erlangen die Anleihen Aktiencharakter. Kommt ein Fremdwährungseffekt dazu, ist die Pflichtwandelanleihe nicht selten risikoreicher als eine solide Schweizer Aktie. Ein weiteres Merkmal: ihre lange, teils «ewige» Laufzeit; sind die An-

leihen auch noch mit Zwangsumwandlungsbedingungen versehen, werden sie trotz des Fremdkapitalcharakters als Eigenkapital der Unternehmung betrachtet. Gerade auch Genossenschaftsbanken stärken damit ihre Kapitalbasis, um weiter wachsen zu können.

Unter gewissen Umständen können die Anleihen dennoch kurzfristig zurückbezahlt werden. Das ist nur ein Teil der Unberechenbarkeit. Ein weiterer liegt darin, dass der Schuldner die Zinszahlung zunächst stunden oder vielleicht ganz ausfallen lassen kann. Die Beziehung zwischen Risiko und Ertrag ist nicht linear, und deshalb fragen Sachverständige stets: Unter wel-

cher Bedingung kann die ewige Anleihe in Eigenkapital, sprich in Aktien, umgewandelt werden? Und unter wem – wer bestimmt das? Und unter welcher Bedingung wird die Anleihe hälftig oder gar vollständig abgeschrieben?

Mit vier Anlagevorschlägen, allesamt Coco-Anleihen, wurde Frau Hiller verabschiedet. Zu Hause angekommen, war bereits ein Mail mit den Links zu den entsprechenden vier Emissionsprospekten eingetroffen. Hier könne sie die Details nachlesen, ergänzte der Berater sein Gespräch. Notabene, der kürzeste Prospekt hatte den Umfang von 171 Seiten. Sicherlich braucht sie das ganze Wochenende, um alles zu lesen. Natürlich hat sie dann immer noch einiges nicht verstanden, und die Anzahl unbeantworteter Fragen hat eher zugenommen.

Spielt aber keine Rolle. Der Berater ist seiner Aufklärungspflicht nachgekommen und hat alles wunderbar protokolliert. So versteht sich der Anlegerschutz heute. Ob das wirklich die Absicht der Konsumentenschützer und des Regulators war?

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS
Maurice Pedernana (49) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen.

